

Energiekonzept

Energie für ein Industrieland

Energiewirtschaft und Energiepolitik stehen vor großen Herausforderungen: Erneuerbare Energien müssen zur Wirtschaftlichkeit entwickelt, ausgebaut und in das System integriert; Kraftwerke müssen modernisiert und ersetzt; Netze müssen ausgebaut und ertüchtigt; der europaweite Stromaustausch muss ausgebaut und vereinfacht; Speichertechnologien müssen entwickelt und eingesetzt; die Gesamtsteuerung der Energieversorgung muss optimiert werden.

Für die deutsche Energiepolitik soll mit dem neuen Energiekonzept der Bundesregierung eine verlässliche Basis für die nächsten vier Jahrzehnte geschaffen werden. An ein umfassendes Energiekonzept für das Industrieland Deutschland sind daher eine Reihe von generellen Anforderungen zu stellen, die aber bisher nur teilweise erfüllt werden.

1. Das neue Energiekonzept muss die Gleichrangigkeit der drei Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit deutlicher berücksichtigen. Die Entwicklung der Energiemärkte erfordert klare, langfristige und verlässliche staatliche Rahmenbedingungen, muss dann aber den innovativen Kräften des Marktes überlassen bleiben. Gleichzeitig muss das Energiekonzept Revisionsklauseln für den Fall enthalten, dass die ambitionierten Annahmen wie beispielsweise hohe Effizienzgewinne nicht eintreffen.
2. Die Versorgung mit Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen ist entscheidend für den Wohlstand im Industriestandort Deutschland. Die Politik darf sich nicht auf die Vision eines massiven Rückgangs des Energiebedarfs verlassen. Die Steigerung der Energieeffizienz ist zunächst einmal die originäre Aufgabe industrieller wie privater Verbraucher. Insbesondere energieintensive Unternehmen gehen hier voran. Überregulierungen mit der Forderung unwirtschaftlicher Energieeffizienzmaßnahmen sind genauso wenig zielführend wie im globalen Vergleich überhöhte Energiepreise.
3. Die Belastungen der Industrie mit Energiesteuern und weiteren Abgaben ist in Deutschland besonders hoch. Eine verlässliche Absenkung auf ein global vergleichbares Niveau ist zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig. Zur Reduktion der Wettbewerbsnachteile sollte ein klares Abbauziel von Zusatzbelastungen festgeschrieben werden.
4. Strom aus erneuerbaren Quellen wird nach dem Energiekonzept eine immer wichtigere Rolle spielen. Entscheidend wird sein, die Kosten der erneuerbaren Ener-

gien zu senken und wettbewerbsfähig zu gestalten. Hier ist eine Begrenzung der Kosten des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) ebenso notwendig wie umfassende Anstrengungen in Forschung und Entwicklung.

5. Fossile Energieträger werden auch in den nächsten Dekaden wichtig für die Energieversorgung bleiben. Die Modernisierung des Kraftwerksparks ist aus ökonomischen und ökologischen Gründen notwendig. Die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS – Carbon Capture and Storage) bietet die Möglichkeit, die Stromerzeugung sowie Industrieprozesse international von Teilen der Treibhausgasemissionen zu befreien. Um diese Option zu eruieren, sind geeignete rechtliche Rahmenbedingungen zur Errichtung von Demonstrationskraftwerken und -lagerstätten notwendig.
6. Die Verlängerung der Laufzeiten von bestehenden sicheren Kernkraftwerken ist wirtschaftlich und unter Klimaschutzgesichtspunkten sinnvoll. Dadurch verfügbare Mittel sollten zu einem nennenswerten Anteil zur Senkung der Abgaben und damit der Strompreise für die energieintensive deutsche Industrie verwendet werden.
7. Erhebliche Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere in Leitungsnetze und Speichersysteme, sind nötig, um die Integration der erneuerbaren Energien ins Stromnetz im geplanten Maße zu ermöglichen.
8. Eine der wesentlichen Herausforderungen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft liegt im Bemühen um gesellschaftliche Akzeptanz. Dazu gehört auch, dass die grundlegenden Annahmen offengelegt und mögliche Alternativszenarien diskutiert werden.

Hubertus Bardt: Energieversorgung in Deutschland, IW-Positionen Nr. 45, Köln 2010, 58 Seiten, 11,80 Euro.

Hubertus Bardt: Energie für das Industrieland Deutschland www.iwkoeln.de/LinkClick.aspx?fileticket=jKER9qKK8aU%3d&tabid=252

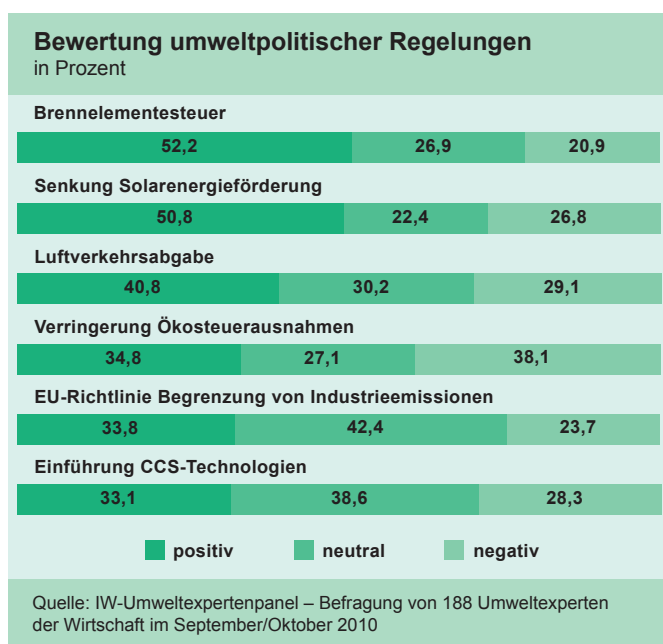
- Energiekonzept
- Energie- und Klimapolitik
- Windkraftanlagen
- econsense
- Census of Marine Life

Unsere
Themen

Energie- und Klimapolitik

Die Wirtschaft zieht mit

Ein Konzept ist ein Plan oder ein Programm, in dem Ziele formuliert und anschließend Maßnahmen zu deren Umsetzung vorgeschlagen werden. Im Falle des Energiekonzeptes der Bundesregierung wurde das Pferd von hinten aufgezäumt. Bereits vor dessen Bekanntgabe im September wurde eine Vielzahl energie- und klimapolitischer Gesetzesinitiativen bekannt und kontrovers diskutiert. Das schuf nicht gerade Planungssicherheit für die deutsche Wirtschaft, die energie- und klimapolitischen Veränderungen hin zu mehr Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit positiv gegenübersteht. Das zeigen die Ergebnisse des aktuellen Umweltexpertenpanels, in dem 188 Umweltexperten aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden gebeten wurden, die verschiedenen Gesetzesinitiativen zu bewerten.



Demnach erfreut sich die geplante Kernbrennstoffsteuer besonders großer Zustimmung und wird von über der Hälfte der Befragten positiv bewertet. Die Kernbrennstoffsteuer steht in direktem Zusammenhang mit der geplanten Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke, mit der eine solche Steuer überhaupt erst die politische Bühne betrat. In dieser Verbindung steht sie für niedrige Emissionen, Energiesicherheit und moderate Strompreisanstiege, was nicht nur für die energie- und wettbewerbsintensiven Industrien hierzulande von enormer Bedeutung ist. Der positiven Bewertung der Kernbrennstoffsteuer kann daher die Vermutung zugrunde liegen, dass die Revision des Atomausstiegs ohne die Abschöpfung der Zusatzgewinne nicht zustimmungsfähig wäre.

Beim Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde auch schon früher im Jahr der Rotstift angesetzt. Die seit Juli 2010

wirksame Anpassung der Fördersätze für Solarenergie an die Marktentwicklungen wird von knapp 51 Prozent der Befragten befürwortet. Die gekürzten Fördersätze sichern eine technologieoffene und kosteneffiziente Entwicklung der erneuerbaren Energien. Daneben setzt das neue Energiekonzept ausdrücklich auf CCS (Carbon Capture and Storage). Ob die Hoffnungen in diese Technologie berechtigt sind, ist derzeit nicht eindeutig. Zur Beantwortung dieser Frage will man sich bis Jahresende auf ein Gesetz zur Einführung und Demonstration von CCS-Technologien einigen, dessen Eckpunkte ebenfalls im Juli bekannt wurden. Zwei Drittel der Befragten bewerten ein solches Gesetz positiv oder neutral. Ähnlich ist die Haltung der Umweltexperten zu der im Sommer 2010 beschlossenen Verschärfungen der europäischen Grenzwerte für industrielle Emissionen von Stickoxiden (NO_x) und Schwefeldioxid (SO_x). Dass die neue Richtlinie kaum Anpassungen der hiesigen Grenzwerte erfordern wird, da diese bereits weit über dem europäischen Durchschnitt lagen, kann diese Einschätzung erklären.

Umweltpolitische Harmonisierungen wie diese können zur Durchsetzung von umweltpolitischen Zielen bei gleichzeitigem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit wegweisend sein. Das zeigt das Beispiel der Energiebesteuerung. Einzig die seit August diskutierte Reduzierung von Ausnahmeregelungen bei der Ökosteuer wurde mehrheitlich negativ bewertet. Nun will die Bundesregierung die Ermäßigungen zwar moderater als geplant zurückfahren, jedoch müssen die betroffenen Unternehmen absolut und im europäischen Vergleich mit höheren Energiekosten rechnen. Zumindest letzterem könnte entgegengewirkt werden, denn beinahe die Hälfte der Wirtschaftsvertreter gab im Rahmen einer weiteren Panelfrage an, die Belastungen der Ökosteuer eher schultern zu können, wenn sie durch eine international vergleichbare Energiebesteuerung flankiert würden. Für beinahe 42 Prozent der Befragten wäre dazu eine europaweite Energiesteuer notwendig. Eine Angleichung des europäischen CO₂-Reduktionsziels ist noch für knapp 36 Prozent eine Option zur Güte. Über 27 Prozent können sich unter keinen Umständen vorstellen, auf die Ausnahmeregelungen zu verzichten.

Von der Luftfahrt – bisher von der Ökosteuer befreit – wurde vielfach ein Beitrag zum Klimaschutz gefordert. Entsprechend positiv fällt die Bewertung der Luftverkehrsabgabe aus, die ab 2011 im nationalen Alleingang erhoben werden soll. Da der Luftverkehr aber ohnehin ab 2012 in den europäischen Emissionshandel einbezogen wird, entsteht der Eindruck, dass hier einmal mehr haushaltspolitische Überlegungen Vorrang gegenüber den eigentlichen Zielen und Notwendigkeiten einer ausgewogenen Klima- und Energiepolitik haben.

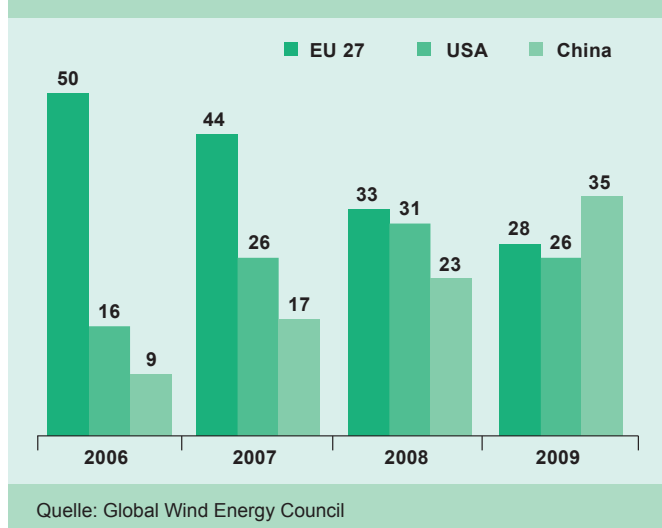
Windkraftanlagen

Stürmische Zeiten in China

Der Markt für Windenergie hat sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise als vergleichsweise robust herausgestellt. Die weltweit neu installierte Windleistung stieg 2009 um mehr als 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt über 38 Gigawatt an. Die kumulierte Leistung von Windkraftanlagen hat sich damit seit dem Jahr 2006 mehr als verdoppelt. Wachstumstreiber dieser Entwicklung sind vor allem Asien und die USA. Insbesondere der chinesische Markt wächst mit hohem Tempo. 2006 entfielen erst 9 Prozent der neu installierten Windleistung auf China. 2009 betrug dieser Anteil bereits mehr als ein Drittel. Mit zusätzlichen Kapazitäten von rund 13 Gigawatt im Jahr 2009 erfolgte damit in China der weltweit größte Zubau neuer Windanlagen. Auch die USA erhöhten von 2006 bis 2009 den Anteil an der weltweit neu installierten Windkraft um 10 Prozentpunkte auf insgesamt 26 Prozent. Der Trend in Europa entwickelt sich genau umgekehrt. Während 2006 noch die Hälfte der weltweiten neuen Windkapazitäten in Europa installiert wurde, hat sich dieser Anteil 2009 auf 28 Prozent verringert.

Neu installierte Windleistung weltweit

Anteile in Prozent




Zum Teil ist der kräftige Ausbau der Windenergie in den USA und in China auf fiskalpolitische Maßnahmen zurückzuführen. Im Zuge der Wirtschaftskrise wurden Konjunkturpakete in beiden Ländern geschnürt, die unter anderem die Förderung von erneuerbaren Energien vorsehen. So beinhalten die beiden US-amerikanischen Konjunkturpakete – der „Economic Stimulus Act“ und der „American Recovery and Reinvestment Act“ – eine Laufzeitverlängerung der Steuergutschriften für Windenergie. Für jede erzeugte Kilowattstunde Windstrom kann demnach eine Steuergutschrift geltend gemacht werden. Optional kann für Kleinwindkraftanlagen ein Investitionskostenzuschuss

beantragt werden. Diese Maßnahmen schaffen Anreize für Haushalte und Unternehmen, in Windkraftprojekte zu investieren. Auch der Staat tritt in den USA als Nachfrager von Windkraftanlagen auf. Zuschüsse für die Modernisierung von Bildungseinrichtungen können unter anderem für die Installation von Erzeugungsanlagen regenerativer Energien verwendet werden. Neben den genannten Steuergutschriften und Zuschüssen gibt es eine Reihe weiterer Fördermaßnahmen außerhalb der Konjunkturpakete.

In China ist der „New Energy Development Plan“ Teil des rund 420 Milliarden Euro umfassenden Konjunkturprogramms. In einem Planentwurf haben sich die Chinesen das ehrgeizige Ziel gesetzt, die installierte Windleistung bis 2020 auf 100 Gigawatt zu erhöhen. Das entspricht fast einer Vervierfachung der Ende 2009 installierten Leistung. Details über den „New Energy Development Plan“ sind bislang nicht bekannt. Um das gesteckte Ziel von 100 Gigawatt bis 2020 zu erreichen, ist eine umfangreiche staatliche Förderung der Windenergie allerdings unabdingbar. Jedoch werden von der staatlichen Förderung in erster Linie chinesische Hersteller profitieren. 2009 wurden 90 Prozent des chinesischen Windmarktes von der heimischen Wirtschaft bedient.

China und die USA sind offenbar die zukünftigen Wachstumstreiber der Windenergiebranche. Um von der Marktentwicklung und der staatlichen Förderung in China und den USA zu profitieren, bauen deutsche Hersteller verstärkt Produktionskapazitäten in diesen beiden Ländern auf. Durch die Vergabe von Produktionslizenzen und die Gründung von Joint Ventures haben deutsche Unternehmen bereits in der Vergangenheit Teile des chinesischen Marktes beliefert. Die großen Windanlagenhersteller Siemens und Nordex haben mittlerweile auch eigene Kapazitäten in beiden Ländern errichtet beziehungsweise errichten diese Kapazitäten gerade. Weitere deutsche Hersteller, wie zum Beispiel Fuhrländer, bauen ebenfalls Produktionsstätten im US-amerikanischen und chinesischen Markt auf. Andere Unternehmen halten sich hingegen aus der Wachstumsregion Asien fern. Neben der Befürchtung eines Know-how-Verlustes spielt hier auch die teilweise unzureichende Infrastruktur eine Rolle. Schlecht ausgebaute Verkehrswege verhindern den Transport von Bauteilen großer, leistungsstarker Windenergieanlagen. Günstige Windstandorte, die eine hohe Rendite versprechen, können dadurch noch nicht optimal genutzt werden.

 www.gwec.net/fileadmin/documents/Publications/Global_Wind_2007_report/GWEC_Global_Wind_2009_Report_LOWRES_15th.%20Apr..pdf

econsense

10 Jahre Nachhaltigkeit

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V. wurde vor zehn Jahren auf Anregung und Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) gegründet. Das Forum ist ein Zusammenschluss führender global agierender Unternehmen und Organisationen der deutschen Wirtschaft. Es versteht sich primär als Think Tank der deutschen Wirtschaft zu unternehmensrelevanten Themen aus dem Bereich der Corporate Social Responsibility (CSR) und der Nachhaltigkeit (Sustainability). In diesem Kontext wird Nachhaltigkeit als ein Verständnis-, Such-, Lern- und Gestaltungsprozess betrachtet, der eine Balance ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlicher Ziele anstrebt. Die Mitglieder des Netzwerkes – derzeit 28 führende Unternehmen und Verbände – sind der Überzeugung, dass Nachhaltigkeit eine Unternehmensstrategie zur Sicherstellung langfristiger Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit darstellt. Das Unternehmensnetzwerk fungiert auf nationaler und internationaler Ebene als zentrale Plattform für den offenen Dialog zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und weiteren relevanten Stakeholdern zum Leitbild der Nachhaltigkeit und genießt ein hohes Ansehen.

Das Forum bündelt und kommuniziert die Vielfältigkeit der Unternehmensaktivitäten zu zukunftsrelevanten Themen im Kontext von Nachhaltigkeitsmanagement, CSR, Corporate Citizenship, Ressourcen- und Energieeffizienz und Klimaschutz. In diesem Zusammenhang wurde vor einigen Jahren eine beeindruckende Sammlung von fast 400 Good-Practice-Beispielen zu Nachhaltigkeit und CSR veröffentlicht. Darin berichten die Mitglieder über ihre ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Aktivitäten. In der Sammlung werden die Lösungskompetenzen der Unternehmen dokumentiert und gezeigt, wie sie auf vielfältige Weise den Herausforderungen der Zeit begegnen. econsense bündelt die Standpunkte seiner Mitglieder, vertritt sie nach außen und informiert regelmäßig die Öffentlichkeit zu aktuellen Themen auf nationaler und europäischer Ebene. Das Spektrum der Themen ist breit und reicht von biologischer Vielfalt und Biokraftstoffen über die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung bis hin zu Klimaschutz und CSR. Überdies wirkt das Forum als Stimme der deutschen Wirtschaft auf das politisch-wirtschaftliche Umfeld und versucht dem anspruchsvollen Ziel, den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozess aktiv mitzugestalten, gerecht zu werden.

Census of Marine Life


Volkszählung im Meer

Seit Jahrtausenden nutzt der Mensch das Meer als Nahrungsquelle. Dennoch wissen wir über den größten Lebensraum der Erde eigentlich nur sehr wenig. Gut 70 Prozent der Erdoberfläche werden von Ozeanen bedeckt und davon gelten 95 Prozent als unerforscht. Um das Wissen über das Leben im Meer deutlich zu erweitern, wurde Ende der 1990-er Jahre der Census of Marine Life ins Leben gerufen. Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein Forschungsprogramm, das über eine Dekade gelaufen ist. Mehr als 2.700 Forscher aus 80 Nationen beteiligten sich daran. Über 540 Expeditionen wurden im Rahmen des Census durchgeführt. Dabei wurden eine Unmenge von Daten gesammelt, neue Lebensformen entdeckt und bekannte Arten weiter erforscht. Der Endbericht des Census liegt seit Oktober 2010 vor.

Grundsätzlich ging es beim Census darum, das Wissen über die Artenvielfalt, die Verteilung der Spezies und die Anzahl ihrer Vertreter zu erweitern. Alle gesammelten Daten werden in der Online-Datenbank OBIS (Ocean BioGeographic Information System) zugänglich gemacht. Allerdings richtet sich diese Datenbank vor allem an die Fachöffentlichkeit.

Die Bilanz des Census of Marine Life kann sich sehen lassen. Die Zahl der bekannten Arten erhöhte sich in einer Dekade von 230.000 auf gut 250.000, und durch Anwendung von Genanalysen von 35.000 Spezies lernten die Forscher viel über Beziehungen zwischen den Arten. Auch über die Verteilung des Lebens im Meer liegen jetzt viel genauere Daten vor, die in Kartenform in der OBIS-Datenbank abgerufen werden können. Zusätzlich zur Feldforschung wurden auch historische Daten über den Artenbestand zusammengetragen. Anhand historischer Basisdaten von Sichtungen, Fängen und sogar von Speisekarten dokumentierte das Census-Projekt einen Rückgang bei den Arten und auch bei den Größen der Meeresbewohner. Aufgrund der gewonnenen Daten wurden zehn Gruppen von Meerestieren identifiziert, deren Bestände in den letzten 20 bis 50 Jahren um 90 Prozent zurückgegangen sind. Da hierunter die beliebten Speisefische, aber auch Haie zu finden sind, ist das Fazit des Census auch als Aufruf zu einer nachhaltigeren Nutzung der Meere zu verstehen. Aber es gibt auch Anzeichen, dass Schutzmaßnahmen wirken, denn immerhin zeigte sich, dass die Bestände von Walen und Robben wieder um gut 20 Prozent gegenüber dem Tiefstand gestiegen sind.

 www.coml.org/pressreleases/census2010/PDF/Highlights-2010-Report-Low-Res.pdf

 www.iobis.org (OBIS-Datenbank)

 www.econsense.de